

Sitzung vom 16. April 2015

Nachrichten aus dem Zentralvorstand

Peer-Review-Verfahren – In Peer-Review-Verfahren analysieren Spitäler und Kliniken gemeinsam mit externen Peers (Fachkollegen) bei statistischen Auffälligkeiten Patientenakten, um Verbesserungspotentiale in den Behandlungsabläufen zu finden. Zusammen mit der FMH und der Schweizerischen Vereinigung der Pflegedienstleiterinnen und Pflegedienstleiter (SVPL) hat H+ das Detailkonzept «Helvetisierung des IQM standardisierten Peer-Review-Verfahrens» erstellt. Neben einem national koordinierten Vorgehen ist es das Ziel, die medizinischen Leistungen zu verbessern und die Patientensicherheit zu erhöhen. Der Zentralvorstand (ZV) unterstützt die Verankerung des nationalen Peer-Review-Verfahrens und genehmigt das Detailkonzept.

Aktionswoche Patientensicherheit – Gemeinsam mit der FMH und anderen Partnerorganisationen will die Stiftung für Patientensicherheit mit der Aktionswoche (14. bis 18. September 2015) das Thema Patientensicherheit durch verschiedene Aktionen in das Bewusstsein der Öffentlichkeit rücken. Das von der Abteilung DDQ konzipierte Projekt beinhaltet unter anderem einen auf der Basis von Crowdfunding finanzierten Spendenlauf. Der ZV ist mit der Durchführung des Spendenlaufs einverstanden, sofern durch das Crowdfunding bis am 30. Juni 2015 30 000 CHF zusammenkommen.

TARPSY 0.2 – Bis 2018 soll im Auftrag der SwissDRG AG eine gesamtschweizerische Tarifstruktur für die stationäre Psychiatrie erarbeitet werden. Basierend auf den Empfehlungen der erweiterten FMH-Begleitgruppe TARPSY wurde eine Stellungnahme zu TARPSY 0.2 ausgearbeitet und der SwissDRG AG termingerecht zugestellt. Der ZV unterstützt die Stellungnahme und ist einverstanden, diese der Delegiertenversammlung zu unterbreiten. Er empfiehlt, auf die Problematik des Datenschutzes hinzuweisen.

Tarifstruktur TARMED – Neben der laufenden Revision der Tarifstruktur TARMED ist der Abschluss der nötigen vertraglichen Regelungen die Voraussetzung für die praktische Anwendung des Tarifs im Alltag. Auf nationaler Ebene muss die FMH einen nationalen Rahmenvertrag mit den Kranken- und Unfallversicherern sowie einen Normierungsvertrag mit den Tarifpartnern abschliessen. Beide Vereinbarungen sollte wenn möglich die Ärztekammer im Herbst 2015 verabschieden. Auf kantonaler Ebene müssen der kantonale Muster-Anschlussvertrag sowie die kantonalen Vereinbarungen zu den neuen Starttaxpunktwerten geklärt werden.

Validierung von MPA-Bildungsleistungen – Die schweizerische Kommission für Berufsentwicklung und Qualität der Medizinischen Praxisassistentin (Kommission B & Q) hat beschlossen, in der Deutschschweiz ein Verfahren zur Validierung von Bildungsleistungen für die MPA entwickeln zu lassen. Sie hat hierzu einen Antrag an die Trägerschaft des Bildungsplans gestellt, die Schweizerische Berufsbildungsämter-Konferenz (SBBK) mit einem «Letter of Intent» zu entsprechenden Schritten aufzufordern. Hierfür soll der von der SBBK als Verfahrenskanton bestimmte Kanton Zürich von der Trägerschaft beim Aufbau und bei der Umsetzung unterstützt werden. Um die Bereitschaft zur Mitarbeit zu signalisieren, beschliesst der ZV die Erstellung einer Stellungnahme mit Unterzeichnung der Trägerschaft. Ausserdem beauftragt er die Kommission B & Q, die für die Projektgruppe notwendigen zwei Mitglieder gemeinsam mit den MPA-Verbänden zu nominieren.

Jahresbericht Gutachterstelle – Die aussergerichtliche Gutachterstelle der FMH kann eine medizinische aussergerichtliche Begutachtung von Fällen organisieren, in welchen ein in der Schweiz behandelter Patient oder eine Patientin einen ärztlichen Diagnose- oder Behandlungsfehler vermutet. Im Jahr 2014 hat die Gutachterstelle insgesamt 43 Gutachten erstellt; davon wurde in 19 Fällen ein Behandlungsfehler festgestellt wurde.

SÄZ-Titelseite – Der Bündner Ärzteverein hat dem ZV den Antrag gestellt, neben Deutsch, Französisch und Italienisch die SÄZ auf der Titelseite künftig auch in rätoromanischer Sprache mit «Gasetta dals medis svizzers» anzuschreiben. Der ZV ist einverstanden, den Verwaltungsrat der EMH mit dieser Änderung auf der Titelseite zu beauftragen.

Umsetzung Masseneinwanderungsinitiative – Der Bundesrat hat Vorschläge für die Umsetzung der Masseneinwanderungsinitiative in Vernehmlassung gegeben. Die FMH warnt in ihrer Stellungnahme vor der vorgeschlagenen Kontingentsregelung, die sich voraussichtlich sowohl für die ambulante und stationäre Patientenbetreuung als auch für die medizinische Forschung und Lehre negativ auswirken wird. Dies gilt besonders aufgrund des sich künftig noch verstärkenden Ärztemangels; die Schweiz ist auf ausländische Medizinalpersonen und Pflegepersonal angewiesen. Der ZV beschliesst, die erste Lesung der Stellungnahme zu verabschieden und den in der Ärztekammer vertretenen Organisationen zur Verfügung zu stellen.